

## Undurchsichtiges Millionengeschäft mit Impfungen und Tests

KPÖ fordert Offenlegung von Ausschreibung und Verträgen

*Die Steiermark hat von allen Bundesländern den größten Rückstand bei Covid-19-Impfungen. Statt die bestehenden Möglichkeiten von Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen zu nutzen, wurde ein privates Unternehmen beauftragt, Massentests und Impfungen durchzuführen – dort fehlt aber das Personal. Die KPÖ fordert die Landesregierung auf, die Verträge offenzulegen.*



KPÖ lehnt Privatisierung des Impfgeschäfts ab.

Kreuz, das dem Vernehmen nach bei der Ausschreibung gar nicht berücksichtigt wurde.

Diese Vorgänge werfen viele Fragen auf, die die KPÖ in Form einer Anfrage an die zuständige Landesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) gerichtet hat. Unter anderem verlangt die KPÖ eine Offenlegung der Ausschreibung und der Verträge. Unklar ist, wer überhaupt zur Angebotslegung eingeladen wurde. Auch ist unbekannt, welche Qualifikationen beim eingesetzten Personal vorausgesetzt werden und wie es rekrutiert und bezahlt wird.

**KPÖ-Klubobfrau Claudia**

**Klimt-Weithaler:** „Es ist bedenklich, dass das Land auf eine externe Firma zurückgreifen muss, um die Tests und Impfungen durchzuführen. Wenn dann die Wahl aber auf ein Unternehmen fällt, das selbst mangels Personal eine weitere Firma braucht, dann ist mit Sicherheit etwas faul und aufklärungsbedürftig. Landesrätin Bogner-Strauß muss schnellstens die Verträge und die Ausschreibung offenlegen, um jeden Verdacht aus dem Weg zu räumen, dass sich hier jemand auf Kosten der Gesundheit der Steirerinnen und Steirer eine goldene Nase verdient.“

### KOMMENTAR



**Claudia Klimt-Weithaler**

Klubobfrau der KPÖ  
im Landtag Steiermark

### „SOZIALHILFE NEU“: VIELE VON KÜRZUNGEN BETROFFEN! *Leben in der Krise*

**I**m Juli wird die Mindestsicherung von der neuen „Sozialunterstützung“ abgelöst. Dann können all jene, die auf diese Leistung angewiesen sind, keine Wohnunterstützung mehr beziehen. Für Tausende, die schon jetzt wenig haben, wird es dann noch enger. Aber niemand will an diesem Gesetz schuld sein.

Beschlossen wurde die Neuerung von der Bundesregierung Kurz-Strache. Die schwarz-grüne Regierung hat die Regelung übernommen, nachdem der Verfassungsgerichtshof einige Passagen gestrichen hat. Die Umsetzung in der Steiermark erfolgt durch eine SPÖ-Landesrätin. Dadurch verlieren viele Menschen im Verhältnis zu ihren geringen Einkommen viel Geld.

Wir befinden uns in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Viele sind jetzt auf Hilfe angewiesen. Die Kürzungen werden zu massiven Problemen führen. Da ein Teil der Wohnkosten dann als Sachleistung überwiesen wird, werden viele keine neue Wohnung finden. Das Gesetz trägt zur Entmündigung von Menschen mit wenig Geld bei!

Solange es in der Steiermark nicht ausreichend erschwinglichen Wohnraum gibt, ist es völlig unverantwortlich, bei der Wohnunterstützung noch weiter zu kürzen und die Spielräume des Landes nicht auszunutzen.

*Claudia Klimt-Weithaler*

### INHALT

**Lohndumping  
bekämpfen** Seite 3

**Kein roter Teppich  
für Amazon** Seite 4

# Steirische Pflegeheime als Corona-Hotspots

*Die Vorbereitung ist verschlafen worden“ – „Versagen des Systems“, „Todeszahlen, explodieren“.* So titelten steirische Tageszeitungen bei Berichten über die dramatische Lage in steirischen Pflegeheimen. Das steirische Pflegewesen steckt in einer Krise. Dass dem Land nicht mehr einfällt, als trotz steigender Herausforderungen noch weniger Personal einzusetzen, hat die KPÖ alarmiert. Klubobfrau Klimt-Weithaler wollte im Jänner im Landtag eine Erklärung von Landesrätin Bogner-Strauß (ÖVP), wie es zu dieser Entwicklung kommen konnte.

Die Sterbezahlen in Heimen sind in den letzten Wochen dramatisch gestiegen, die Steiermark hat die höchste Todesrate. Die KPÖ warnt seit Jahren vor Fehlentwicklungen im steirischen Pflegesystem: Förderungen fließen nicht in mehr Personal und bessere Betreuung, sondern in die Kassen privater Pflegekonzerne. Pflege-Landesrätin Juliane Bogner Strauß meinte, in der Steiermark sei das Kontrollwesen besser als in allen anderen Bundesländern und eine Verbesserung des Personalschlüssels habe sich wegen Corona verzögert. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler appellierte an die Landesrätin, die Misere nicht schönzureden, sondern gemeinsam mit dem Landtag nach Lösungen zu suchen.

Statt an Verbesserungen in den Heimen zu arbeiten, wird von der Landesregierung die Möglichkeit der **Unterschreitung der Personalausstattung** in Pflegeheimen um zehn Prozent vorbereitet. Während Millionen Euro in die Subventionierung der Gewinne privater Heime fließen, wird die Personaldecke weiter ausgedünnt. Das geht auf Kosten der pflegebedürftigen Menschen und des Personals, das schon bisher starken Belastungen ausgesetzt war. Deutlich fiel die Kritik der Pflegeombudschaft aus, die in ihrer Stellungnahme betonte, dass *„die Pflegequalität in der Steiermark massiv sinken würde und die Patientensicherheit nicht mehr gewährleistet wäre.“*

Die chronische Unterfinanzierung der Pflege steht in engem Zusammenhang mit der bundesweit einzigartigen Dominanz ge-

winnorientierter Pflegeheime. Der Landesrechnungshof hat aufgezeigt, dass im privaten Bereich die Kostensteigerung um ein Vielfaches höher ist als bei öffentlichen und gemeinnützigen Betreibern. Mit Steuergeld finanzierte Gewinne fließen mitunter in die Taschen von Investoren, die Anteile an den Heimen besitzen.

## Zahlen und Fakten: Steiermark ist trauriger Spitzenreiter

Bis Mitte Dezember sind in der Steiermark 517 BewohnerInnen von Pflegeheimen in Zusammenhang mit Covid-19 verstorben. In den Pflegeheimen liegt die Sterberate aufgrund von Covid-19 pro 100.000 EinwohnerInnen bei über 4.000.

Daher liegt die Steiermark mit 116 Todesfällen pro 100.000 EinwohnerInnen österreichweit mit deutlichem Abstand an der Spitze. In anderen Bundesländern (Burgenland 61, Wien 63), Vorarlberg 58, Niederösterreich 57) ist die Covid-Sterblichkeit nur halb so hoch.

Die Probleme in der Steiermark spiegeln sich auch in folgenden Zahlen wider: In der Steiermark ist einer von 31 Erkrankten verstorben, das ist der mit Abstand schlechteste

Wert. In Wien ist es einer von 59, in Vorarlberg einer von 86.

## Vorschläge der KPÖ werden ignoriert

Die KPÖ brachte mehrere Vorschläge ein, um die Situation in der Steiermark zu verbessern: 1. Verbesserung von Pflegeschlüssel und Heimkontrollen; 2. Ausstieg aus der teuren, gewinnorientierten Pflege; 3. „Mobil vor Stationär“ in der Pflege endlich verwirklichen. Alle drei Anträge wurden von den Parteien der Landesregierung abgelehnt. Auch ein KPÖ-Antrag auf kostenlose Schnelltests für BesucherInnen in Pflegeheimen wurde unter Verweis auf bestehende und geplante kostenlose Testangebote abgelehnt.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: *„Die MitarbeiterInnen in den Heimen arbeiten ständig weit über die Belastungsgrenze hinaus. Sowohl das Personal als auch die BewohnerInnen der Heime leiden unter diesen gesundheitsgefährdenden Umständen. Es gibt im Landtag viele, die gerne konstruktiv dazu beitragen würden, die Lage zu verbessern. Leider lehnen ÖVP und SPÖ alle Anträge und Vorschläge ohne Diskussion ab.“*



Foto people-woman-old-community-backyard-human-1094075-pxhere.com

# Corona-Impfung: Steiermark ist Schlusslicht!

Die Steiermark hat von allen Bundesländern den größten Rückstand bei Corona-Impfungen. Während in anderen Ländern Über-80jährige außerhalb der Pflegeheime bereits geimpft sind, kommen in der Steiermark erst ab 2. März (!) Personen über 100 Jahre an die Reihe. Die KPÖ kritisiert die fehlende Offenheit der Landesregierung, die sich weigert, die KAGES-Impfstrategie offenzulegen.

Die Landesregierung hat sich am 12. Jänner gerühmt, österreichweit „am meisten Impfdosen abgerufen“ zu haben. Diese sind aber nicht dort angekommen, wo sie hingehören. KAGES-intern gibt es offenbar eine eigene Strategie, die nicht mit jener des Landes kompatibel ist. Da die Landesregierung eine transparente Impfstrategie verweigert,

ist auch völlig unklar, wo die Impfdosen zum Einsatz gekommen sind.

Die KPÖ hat mit einem Antrag gefordert, dass es für die Beschäftigten der öffentlichen Krankenanstalten der KAGES eine transparente Impfstrategie geben muss. SPÖ und ÖVP lehnten das trotz Zustimmung aller anderen Parteien (FPÖ, Grüne, Neos) ab. Anlass war, dass KAGES-Beschäftigte, die gar nicht zum Kreis der Gefährdeten zählen, längst geimpft wurden, während medizinisches Personal, das in direktem Kontakt mit infizierten Patientinnen und Patienten eingesetzt wird, keine Impfung erhält.

Auch Personen, für die eine Covid-19-Infektion aufgrund von Vorerkrankungen lebensbedrohlich wäre, werden nicht geimpft – stattdessen werden immer wieder Perso-

nen bekannt, die gar nicht mit Infizierten in Kontakt kommen und nicht zum Kreis der gefährdeten Personen zählen und dennoch eine Impfung erhalten haben.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler fordert daher erneut eine transparente und nachvollziehbare Strategie ein: *„Hier passt einiges vorne und hinten nicht zusammen. Bundeskanzler Kurz hat am 7. Jänner angekündigt, dass noch im Jänner (!) alle Über-80jährigen in Österreich geimpft sein sollen. Davon sind wir aber noch Monate entfernt, und der Rückstand der Steiermark ist von allen Ländern am größten. Es ist an der Zeit, dass Landesrätin Bogner-Strauß offenlegt, was hier so gründlich schiefgegangen ist und welche Wege eingeschlagen werden, um den Rückstand aufzuholen.“*

# SPÖ blockiert Maßnahmen gegen Sozial- und Lohndumping

Sozial- und Lohndumping gehören in einigen Branchen leider zum Alltag. Mit Tricks werden bestehende Regelungen zum Schutz der Beschäftigten unterlaufen, davon sind auch Aufträge der öffentlichen Hand betroffen. Während Wien da-

gegen Maßnahmen ergriffen hat, behauptet die steirische Landesregierung, dass sie diesen Vorgängen machtlos gegenübersteht. Ein Antrag der KPÖ gegen Lohn- und Sozialdumping wurde deshalb im Landtag von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

bereits nationale Gesetze gegen diese Methode des Lohn- und Sozialdumpings in Kraft gesetzt. Aber auch auf Länderebene gibt es Möglichkeiten: „Wiener Wohnen“ hat eine Beschränkung von Subunternehmerketten in ihren Verträgen verankert.

Bei Bauaufträgen werden häufig Subunternehmerketten eingebunden, um Sicherheits-, Gesundheits- und Sozialstandards zu umgehen und Kollektivverträge zu unterlaufen. Der öffentliche Bausektor ist keine Ausnahme. Meist geht es dabei um arbeitsintensive Tätigkeiten mit geringer Qualifikation. So genannte Entsende-Unternehmen, meist transnational organisiert, erhalten über diese Subunternehmen Zugang zum Markt. In Folge bilden sie eine massive Konkurrenz zu kleinen und mittelständischen regionalen Unternehmen.

Öffentliche Auftraggeber sind diesen Machenschaften nicht hilflos ausgeliefert. AK und ÖGB haben, wie auch einzelne Nationalratsabgeordnete der SPÖ, Wege aufgezeigt, wie am oberen Ende der Wertschöpfungskette Maßnahmen getroffen werden können, damit gesetzliche Sozial- und Sicherheitsstandards eingehalten werden.

Spanien und Norwegen haben

Anders als das Bundesland Wien stehen SPÖ und ÖVP in der Steiermark auf dem Standpunkt, dass eine Einschränkung dieser Subunternehmerketten gegen das Bundesvergabegesetz 2018 und die EU-Vergaberichtlinien verstößt. **Das ist aber unrichtig: Eine Beschränkung von Subunternehmen ist in der Durchführungsphase des Vergabeverfahrens sowohl national- als auch unionsrechtlich zulässig:** Nachdem einem Unternehmen der Zuschlag erteilt wurde, ist der Wettbewerb um den öffentlichen Auftrag beendet. In der darauffolgenden Durchführungsphase des Vergabeverfahrens ist ein Verbot der Weitergabe von Auftragsanteilen an Subunternehmen möglich. Das bestätigt auch die Arbeiterkammer.

Ein Antrag der KPÖ, in der Steiermark eine Regelung zur Beschränkung von Subunternehmerketten ab Zuschlagserteilung bei öffentlichen Ausschreibungen einzuführen, wurde von ÖVP und SPÖ abgelehnt.

## EHRlich GESAGT



**Werner Murgg**  
Landtagsabgeordneter  
der KPÖ Steiermark

*Der Einfallsreichtum, mit dem Gesetze zum Schutz der arbeitenden Menschen unterlaufen werden, ist beachtlich. Dass besonders in der Baubranche mit vielen Tricks gearbeitet wird, ist kein Geheimnis. Auch öffentliche Bauaufträge sind davon betroffen. Oft wird behauptet, dass man dagegen nichts machen könne. Aber Wien hat Maßnahmen ergriffen, um einige skandalöse Praktiken zu unterbinden.*

*Sicherheits-, Gesundheits- und Sozialstandards werden umgangen und Kollektivverträge unterlaufen. Kleinen und mittleren Unternehmen aus der Region können gegen diese Billigkonkurrenz nichts ausrichten.*

*Es ist erfreulich, dass sich einzelne Vertreter der SPÖ im Nationalrat für Maßnahmen gegen dieses Lohn- und Sozialdumping einsetzen. Dass dies in der Steiermark nicht möglich sein soll, ist eine faule Ausrede. Es ist höchste Zeit, im Interesse der Beschäftigten diesen Geschäftspraktiken einen Riegel vorzuschieben!*

*Werner Murgg*



## WAS UNS AUF- UND EINFÄLLT

...dass bei der Lockerung des Lockdowns wieder auf **Kunst und Kultur** „ver-gessen“ wurde. Die KPÖ forderte eine Öffnung von Kultureinrichtungen unter Sicherheitsauflagen, wo es ohne Risiko möglich ist. SPÖ, ÖVP und Grüne lehnten das ab. Viele Kultureinrichtungen verlieren jegliche Zukunftsperspektive.

\*\*\*

...dass es in keinem österreichischen Bundesland so viele **private und gewinnorientierte Pflegeheime** wie in der Steiermark gibt. Wie der Landesrechnungshof gezeigt hat, sind die Kostensteigerungen in gewinnorientierten Heimen um ein Vielfaches höher als in öffentlichen und gemeinnützigen Pflegeheimen. Ein Ausstieg aus diesem System ist überfällig, sagt die KPÖ.

\*\*\*

...dass niedrige Einkommen, ungenügend sanierte Wohnhäuser und veraltete Heizungen oft der Grund sind, wenn Haushalte sich das Heizen nicht mehr leisten können. Im Sinne der Betroffenen sollte die Landesregierung in Absprache mit relevanten Energieanbietern **Maßnahmen gegen Strom- und Heizungsabschaltungen** ergreifen.

\*\*\*

...dass trotz der Appelle der KPÖ die Landesregierung an der Erhöhung der **Fahrpreise im öffentlichen Verkehr** festhält. Während die ÖBB letztes Jahr auf eine Erhöhung verzichtet haben und das Land Tirol die Teuerung heuer aussetzt, steigen in der Steiermark die Fahrpreise im Schnitt wieder 50 % stärker als die offizielle Teuerungsrate.



**Impressum/Medieninhaber, Herausgeber,**  
**Verleger:** KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. **Verantw.** Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. **Tele.** (0316) 877 5102; **Fax** (0316) 877 5108.  
**E-Mail:** ltk-kpoe@stmk.gv.at  
**Offenlegung:** Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.  
Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

# Amazon kommt nach Graz: „Nicht auch noch den roten Teppich ausrollen“

## KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler fordert Umweltverträglichkeitsprüfung

In einer Dringlichen Anfrage konfrontierte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler Umweltlandesrätin Ursula Lackner (SPÖ) im Landtag mit den Folgen des geplanten Amazon-Verteilerzentrums in Graz für Umwelt und Arbeitsplätze.

Die KPÖ fordert eine Umweltverträglichkeitsprüfung sowie einen **Schulterabschluss aller Parteien** gegen die Verdrängung des heimischen Handels durch global aussteuersümpfende Online-Konzerne und den Austausch von regulären Arbeitsplätzen durch prekäre Arbeitsverhältnisse und Scheinselbstständigkeit.

### Abgase, Staub und Lärm

Das Zu- und Abfahren von 1240 Fahrzeugen rund um die Uhr bedeutet eine zunehmende Lärm- und Schadstoffbelastung für den gesamten Stadtteil, der auch durch den vermehrten Einsatz von E-Fahrzeugen nicht neutralisiert werden kann. Dazu kommt die Verbauung einer 5,7 Hektar großen Fläche, was sich negativ auf die Erreichung der Klimaziele des Landes hat.

### Sozialdumping und Steuertricks

Erst im vergangenen Jahr fand eine Razzia der Finanzpolizei im Amazon-Lager in Großebersdorf statt, bei der die tätigen Subunternehmen kontrolliert wurden. Dabei wurden massive Verstöße gegen das Lohn- und Sozialdumpinggesetz und das Ausländerbeschäftigungsgesetz festgestellt. Steuertricks und eine Ausnutzung der EU-Gesetzgebung erlauben es Konzernen wie Amazon, Steuern in Österreich nahezu gänzlich auszuweichen. Der Umsatz von Amazon ist in den ersten Monaten der Corona-Pandemie um 22 Prozent gestiegen, der Aktienkurs stieg um 42 Prozent.

Der Vorteil, den sich Konzerne wie Amazon durch Steuervermeidung, Lohndumping und prekäre Arbeit verschaffen, verstärkt den Druck auf den heimischen



Handel, wo Beschäftigungsverhältnisse in der Regel noch kollektivvertraglich geregelt sind.

**KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler:** „Die Menschen brauchen Arbeit, von der sie leben können. Wenn ein Arbeitsplatz nach dem anderen durch einen unsicheren Billigjob ersetzt wird, wird sich die Wirtschaft nicht mehr erholen. Wer wenig verdient, kann sich auch nur Waren leisten, die wenig kosten. So entsteht eine Abwärtsspirale, die einige Konzerne reich, aber Millionen Menschen arm macht. Wenn so ein Konzern bei uns anklopft, dürfen wir noch auch noch den roten Teppich ausrollen, sondern müssen deutlich machen, dass es uns nicht egal ist, wenn

Unternehmen in Steuersümpfen sitzen und Lohn- und Sozialdumping betreiben.“

### KPÖ fordert Schulterabschluss gegen Turbokapitalismus, Sozialdumping und Steuervermeidung von Amazon und Co.

Umweltlandesrätin Ursula Lackner (SPÖ) meinte in der Anfragebeantwortung, es stünde ihr nicht zu, sich in ein laufendes Verfahren einzumischen. „Aber ich kann und will es nicht akzeptieren, dass große Konzerne ihre starke Marktstellung ausnutzen und finanztechnische Schlupflöcher ausschöpfen, und dass soziale Standards unterlaufen

werden.“ Dem gegenüber stand im Anschluss an die Debatte allerdings das Abstimmungsverhalten der SPÖ: Obwohl sich mehrere sozialdemokratische Politikerinnen und Politiker aus der Steiermark, unter ihnen auch Landtags-Klubobmann Hannes Schwarz, kritisch gegenüber Amazon geäußert haben, stimmten sämtliche Abgeordneten der SPÖ gemeinsam mit ÖVP und Neos gegen einen Antrag der KPÖ, in dem sich der Landtag zum Schutz des heimischen Handels gegen die Verdrängung durch global agierende Online-Konzerne sowie die Ausbreitung von prekären Arbeitsplätzen und Scheinselbstständigkeit aussprechen sollte.

## „Bei diesem Tempo haben wir noch 20 Monate Lockdown“

### KPÖ-LAbg. Werner Murgg kritisiert Gesundheits- und Impfstrategie des Landes Steiermark

Bei der Sondersitzung des steirischen Landtags am 2. Februar übte die KPÖ heftige Kritik an der Impf- und Gesundheitspolitik der Landesregierung. KPÖ-LAbg. Werner Murgg warnte vor verfrühten Jubelmeldungen angesichts der Impfung.

Murgg zeigte anhand von konkreten Beispielen auf, dass die Impfstrategie der Steiermark keine Perspektive auf ein Ende der Lockdown-Spirale bietet. „Wenn die Impfkampagne in diesem Tempo weitergeht und pro Person zwei Teilimpfungen nötig sind, wird es noch 20 Monate

dauern, das wird eine unendliche Geschichte werden“, warnt der KPÖ-Abgeordnete.

**LAbg. Werner Murgg:** „Warum gibt es überhaupt einen Lockdown? Aus Angst, dass nicht alle schwer Erkrankten im Spital behandelt werden können. Deshalb kommen zu den sinnvollen so viele unsinnige Maßnahmen. Eines wird aber versäumt: Dass die Krankenhäuser aufgerüstet werden. Bei uns werden hunderte Betten abgebaut und Spitäler geschlossen, obwohl sämtliche Maßnahmen mit der drohenden

Überlastung des Systems begründet werden.“

### Anträge der KPÖ wurden abgelehnt

In einem Antrag fordert die KPÖ, dass der Regionale Strukturplan Gesundheit (RSG) 2025 in der aktuellen Form zurückgenommen und vor allem im Hinblick auf eine Rücknahme der geplanten Bettenreduktion, der Schließung von Stationen und Spitälern in einem demokratischen Prozess neu aufgesetzt wird. SPÖ, ÖVP und Grüne stimmten dagegen.